

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	52. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	23. Juli 2013, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 10 der Tagesordnung: Brachflächenmanagement unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und ökologischer Interessen - Projektabschlussbericht

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10, Vorlage Nr. 1466, zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Ausschuss für Wirtschaftsförderung.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Das jetzt vorgelegte Brachflächenmanagement beruht auf einem Antrag der Grünen, der nach dem Eingriff in den Technologiepark, der für ziemlichen Wirbel gesorgt hat, zustande kam. In dem, was uns jetzt heute auf dem Tisch liegt, sehen wir viele Verbesserungen aber auch einige Nachteile gegenüber der heutigen Situation. Ich möchte es kurz erläutern.

Positiv ist, dass zukünftig ein bewusster und planvoller Umgang mit den städtischen Brachflächen erfolgen soll. Damit ist unserem Antrag, den wir im Februar 2012 gestellt hatten, auch weitgehend entsprochen. Es soll jetzt eine Optimierung der Kommunikation und der Koordination der beteiligten Ämter geben, insbesondere auch unter intensiver Einbeziehung des Naturschutzes. Damit ist dann hoffentlich auch gewährleistet, dass das Artenschutzrecht und auch die Baumschutzsatzung wirklich erfüllt werden, dass vorzeitig, bevor so ein Eingriff erfolgt, untersucht wird: Kommen gefährdete Arten vor, wie muss man damit umgehen, ist die Baumschutzsatzung hier relevant.

Es ist auch zugesagt - auch das begrüßen wir -, dass bei bedeutenden Einzelvorhaben der Gemeinderat informiert werden soll, zumindest der Fachausschuss und dass eine bessere Vorabinformation der Öffentlichkeit erfolgen soll. Sehr schön finden wir auch, dass jetzt gezielt auch temporäre Zwischennutzungen möglich sein sollen, wobei ein bisschen viele Einschränkungen in diesem Bericht gemacht wurden. Aber so etwas wie "Urban Gardening" oder Stadtgärtnern - da haben wir mittlerweile eine sehr aktive Initiative in der Stadt, was wir sehr begrüßen - Naturerlebnisräume, Rotationsbrachen wird möglich sein, und vielleicht findet sich auch die eine oder andere Fläche für die Stadt, die wir erneut in einem Antrag thematisiert haben.

Was uns nicht so gut gefällt, ist, dass das ökologische Potential, das Brachflächen in der Stadt haben können, durch das zukünftig geplante Management mit dem Pflegezyklus von drei Jahren, in denen dann alles mindestens einmal abgemäht wird, nicht voll ausgeschöpft wird. Eine rotierende Pflege ist natürlich sinnvoll. Aber diese Zykluszeit für

alle dieser Flächen erscheint uns zu kurz. Sie würde dazu führen, dass Flächen wie am Technologiepark zwar zukünftig nicht mehr zerstört werden, sie können aber auch gar nicht so entstehen, auch nicht in dieser Wertigkeit, wie es der Fall war.

Jetzt ist natürlich klar: Flächen in geplanten Baugebieten müssen einer Vermarktung zugänglich sein. Aber wir stellen uns schon vor, dass man gerade für Gewerbegebiete, die sich auch erst längerfristig entwickeln, wo man vielleicht dann auch erst im Laufe der Zeit feststellt, die Vermarktung dauert länger als ursprünglich geplant, einen Stufenplan macht, der dann auch flexibel angepasst werden kann, dass man sagt, in dem Bereich wird zuerst gebaut, da ist der Pflegezyklus geringer. In anderen Bereichen, die erst später drankommen, kann man den Pflegezyklus entsprechend längerfristig angehen und dann, auch je nach dem, wie schnell die Vermarktung erfolgt, darauf reagieren. Das halten wir für sinnvoll, und wir möchten auch anregen, dass man noch einmal das Konzept in diesem Bereich überdenkt.

Was man auch betrachten sollte - diese Diskussion hatten wir im Umweltausschuss: Das jetzige Brachflächenmanagement bezieht sich nur auf geplante Bauflächen, also auf geplante Wohn- und Gewerbegebiete. Es gibt aber auch noch andere Brachflächen in der Stadt. Auch die sollte man sich einmal anschauen und überlegen, wie man damit umgeht. Gerade hier wäre auch ein großzügigerer Umgang, gerade was den Pflegezyklus angeht, möglich. Wir würden es begrüßen, wenn man sich auch hier etwas gezielter der Dinge annimmt. Es ist jetzt zugesagt, dass nach dem ersten Pflegezyklus eine Evaluation kommt, auch ein Bericht im Ausschuss. Das finden wir gut. Da möchten wir dann gerne noch einmal über die bisherigen Erfahrungen sprechen und auch darum bitten, dass man sich noch einmal die Frage stellt: Wie häufig muss alles heruntergesetzt, platt gemacht werden. Auch sollte man sich noch einmal Gedanken machen, ob man nicht für bestimmte Flächen einen großzügigeren Pflegezyklus ansetzt.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Der Bericht zeigt, wie gut es ist, wenn man miteinander redet, auch in einer so großen Stadtverwaltung wie der Stadt Karlsruhe.

Die CDU-Fraktion begrüßt grundsätzlich das Ergebnis der Arbeitsgruppe, denn es wurden zum einen die Kommunikation und Beteiligungsprozesse im Vorfeld von Feld- und Rodungsarbeiten auf städtischen Grundstücken gründlich aufgearbeitet. Zum anderen wurden auch Strategien entwickelt, um praktikable Ablaufprozesse zu implementieren. Dadurch entsteht Rechtssicherheit, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, weil natürlich ein Verstoß gegen Artenschutzrecht strafbewährt ist. Wir reden dort nicht von Kavaliersdelikten sondern gegebenenfalls von Haftstrafen. Man sollte das bitte nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Auf der anderen Seite muss man natürlich genau diesen Punkt beleuchten, dass wir hier von städtischen Werten sprechen. Wir sprechen hier jetzt nicht von Wiesen, die fröhlich vor sich hin blühen, sondern wir sprechen von finanziellen Werten. Es geht hier - Herr Gierth, Sie haben es gesagt - um 50 ha an ausgewiesenen Gewerbeflächen im städtischen Eigentum. Das meiste davon im Technologiepark. Diese Grundstücke bieten uns natürlich Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Stadt Karlsruhe, Refinanzierungsmög-

lichkeiten. Diese Seite möchten wir natürlich genauso in den Vordergrund gerückt sehen wie die artenschutzrechtliche Betrachtung der einzelnen Grundstücke.

Nach unserer Auffassung ist es den Teilnehmern gelungen, wesentliche Verbesserungen mit einem bewussten und zielorientierten Umgang mit Brachflächen aufzuzeigen. Es wurden ökologisch und ökonomisch tragfähige Lösungen erarbeitet. Die Steckbriefe bieten sicher ein gutes Instrument, um das in der Praxis zu erproben. Wir möchten uns ausdrücklich für die Arbeit - ich denke, es war eine schwierige Arbeit, mit so vielen Ämtern, ein solches Ergebnis zu erzielen - seitens der CDU-Fraktion bedanken. Ich glaube, dass wir jetzt hier Instrumente haben, die man in der Praxis erproben kann. Ich halte auch den Pflegezyklus für einen richtigen Ansatz, Frau Lisbach. Wir müssen nicht alles mit dem Bade ausschütten, sondern wir müssen erst einmal mit einem Schritt nach vorne einen Teil erproben und schauen: Taugt es etwas oder taugt es nichts. Das sollten wir dann am Ende der Evaluation, die hier aufgezeigt wird, in den entsprechenden Ausschüssen auch intensiv beraten.

Deswegen seitens der Fraktion noch einmal herzlichen Dank. Ich hoffe, man redet miteinander.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Marin (SPD): Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich das Brachflächenmanagement. So wie es jetzt aufgestellt ist, so strukturiert, wie es aufgestellt ist. Frau Luczak-Schwarz hat schon darauf hingewiesen: Es geht zum einen um Rechtssicherheit und auch um eine Systematisierung in diesem Bereich. Ich unterstütze auch das, was Frau Lisbach an Positivem gesagt hat. Da ist ganz viel Musik drin, was z. B. "Urban Gardening" angeht, aber auch die Nutzung von Wiesenflächen.

An einem Punkt haben wir eine andere Auffassung, nämlich bei dem Pflegerhythmus. Den sehen wir schon vom Grundsatz her als richtig an. Ob man das eine oder andere später noch in einer Feintuning verändern kann, wird man sicherlich sehen. Aber es geht darum, das Gelände, das der Gemeinderat als Baufläche beschlossen hat, auch gemäß dem Beschluss des Gemeinderates zur Verfügung zu halten. Er würde quasi diesem Gemeinderatsbeschluss widersprechen, wenn die Bereiche durch ökologisch wertvolle Nutzung über Jahre hinweg z. B. durch den Heldbock oder ähnliches dann in eine Situation kämen, dass man sie nicht bebauen könnte.

Deswegen fand ich einen Satz in der Vorlage ganz toll. Denn systememinentes Problem ist das Verbinden des Gemeinderatsbeschlusses, an den die Verwaltung gebunden ist, mit Ökonomie, Ökologie und Bürgerinteresse. Ich finde, im Rahmen dessen, was machbar ist, ist es wunderbar in diesem Projektbericht widergespiegelt. Ich freue mich darauf, die Umsetzungsschritte dann später im Bericht zu hören. Da können wir auch darüber sprechen, in welchen Bereichen es vielleicht etwas anders funktionieren kann als jetzt. Aber vom Grundsatz her ist es ein sehr guter Projektbericht. Ich denke, so können wir auch weiterverfahren.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Hock (FDP): Wir von der FDP-Fraktion sind mit dem Projektbericht sehr zufrieden. Die Ämter müssen Zusammenarbeit leisten. Zusammenarbeit ist immer gut.

Regelmäßig müssen alle Brachflächen, die für die Vermarktung berechnet sind, tatsächlich auch in einem solchen Zustand behalten werden, dass sie vermarktungsfähig sind. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber offenbar in der Vergangenheit nicht immer so behandelt.

Was wir als FDP-Fraktion besonders wichtig finden, ist, dass es nicht möglich ist, sozusagen via Hintertürchen so genannte künstliche Biotope zu etablieren. Vermarktungsflächen sind für die Stadt ein Vermögenswert. Wenn der Gemeinderat Vermarktung entschieden hat, soll es auch als Vermarktungsfläche behandelt werden.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann bitte ich um die entsprechende Kenntnisnahme. Sie haben einstimmig Kenntnis genommen.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Ausschuss für Wirtschaftsförderung - den Projektabschlussbericht zur Kenntnis.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Verteiler

Ratsinformationssystem
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
9. September 2013